

Demonstrierendes Luxemburg

Während die Luxemburger Polizei vollends damit beschäftigt war, das Bahnhofsviertel gegen Hunderte demonstrierender und krachschlagender (Noch-) Arcelorarbeiter zu sichern, nahmen sich am Donnerstag die "Jugend für Frieden und Gerechtigkeit" und "Life" einen anderen multinationalen Konzern vor: McDonald's. Der Fastfood-Konzern eröffnete in Bereldange, in unmittelbarer Nähe seines Konkurrenten Quick, ein weiteres "Restaurant" nach bewährtem Muster. McDonald's sei einer der Konzerne, die probieren, in möglichst kurzer Zeit, um jeden Preis, Profit zu machen, meinen die beiden Jugendorganisationen. "Durch rücksichtslose Ausbeutung von Menschen (sowohl Angestellte als auch Klientel), Natur und vor allem Tier, gelingt McDonald's (...) das besonders gut", heißt es in einer Stellungnahme. Etwas weniger militant als die Stahlkocher aus Lüttich, beließen es die Jugendlichen jedoch bei einer symbolischen Aktion. Sie verteilten gratis Essen und betrieben Aufklärungsarbeit, um auf mögliche Alternativen hinzuweisen. Sie ließen den EröffnungsbesucherInnen aber ausdrücklich die Möglichkeit, auch weiterhin "Dreck zu essen".

Amerikas Kampf um die Weltherrschaft

Der Sicherheitsexperte der österreichischen Grünen, Peter Pils, geht scharf mit der jahrzehntelangen Expansionspolitik der USA ins Gericht. In seinem kürzlich erschienen Buch "Mit Gott gegen alle - Amerikas Kampf um die Weltherrschaft" (DVA) mahnt er eine selbstbewusste, europäische Außenpolitik an. Auf Einladung der Luxemburger Grünen wird Peter Pils am kommenden Dienstag, den 22. April, ab 19 Uhr im Cercle Municipal über die gleichsam religiöse Mission des amerikanischen Präsidenten und seiner MinisterInnen referieren. Zwar hielten die USA im eigenen Land Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Ehren, doch hätten sie in zahllosen Kriegen Schrecken, Tod, Unfreiheit und destabilisierte Gesellschaften hinterlassen - so der Klappentext des Buches. Für den Sozialwissenschaftler lautet die These: "Die Welt kann sich die USA nicht mehr leisten - die Zeit für eine Alternative ist reif." Der ehemalige Parteisprecher und Klubobmann der grünen Fraktion im österreichischen Parlament wird vor seinem Referat, zwischen 16 und 17 Uhr, sein Buch in der Librairie Ernster, 7, rue du Fossé, vorstellen und signieren.

Gefährliche Baustellen

Die Herstellung und Vermarktung von Asbest sind auch in Luxemburg verboten. Deshalb sind die Krebs erzeugenden Mineralfasern, die bis zu den 70er Jahren unter anderem als Asbestzement und als Wärmedämmung verwendet wurden, noch längst nicht aus der Welt. Darauf verweist der Jahresbericht der Gewerbeinspektion, der in der vergangenen Woche durch die Medien ging: Demnach ist die Zahl der Baustellen, auf denen Sanierungsarbeiten in Verbindung mit Asbest durchgeführt wurden, im vergangenen Jahr auf 105 gestiegen, das sind 43 mehr als im Jahr 2001. Prominenteste Baustellen: der Europäische Gerichtshof auf Kirchberg und das "Théâtre municipal".

Folglich sind immer mehr ArbeiterInnen gesundheitsgefährdenden Risiken ausgesetzt. Zwar werden laut Gewerbeinspektion zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen zu deren Schutz vorgeschrieben - von Schleusen und Filtern bis zur medizinischen Kontrolle. Ob diese aber auch wirklich ausreichend sind, darüber blieb die Behörde bisher eine zufrieden stellende Antwort schuldig.

ANTI-ATOM-BEWEGUNG

Gemeinsam blockieren

Der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Nuklearindustrie wollen die AtomgegnerInnen ein internationales Netzwerk entgegen setzen. In Trier fand am vergangenen Wochenende ein deutsch-französisches Treffen statt.

www.oneworldweb.de/castor
www.sortirdunucleaire.org

(RK) - Die Sitzordnung bei der Pressekonferenz am vergangenen Sonntag war als Zeichen für die deutsch-französische Anti-Atom-Zusammenarbeit gedacht. Von links nach rechts saßen am Tisch: Markus Pflüger (Atomausstieg Trier), Annie Griffon (Sortir du nucléaire), Francis Althoff (BI Lüchow-Dannenberg) und Michel Marie (Stop Bure!). Alle vier hatten am zweitägigen deutsch-französischen Anti-Atom-Treffen in Trier teilgenommen. "Anders als man meinen könnte, befindet sich die Atomindustrie keineswegs auf dem absteigenden Ast", erklärte der Trierer Vertreter. "Wenn in Frankreich ein neues Atomprogramm aufgelegt wird, bringt der deutsche Atomausstieg, der seinen Namen kaum verdient, nicht viel."

In der Tat wird das französische Parlament im zweiten Halbjahr 2003 ein Orientierungsgesetz zur Energiepolitik verabschiedet, das die nukleare Option, also den Neubau von Atomkraftwerken, offen halten soll. Dabei setzen die AtombeifürworterInnen auf das deutsch-französische Projekt "European

pressurized water reactor". Mittlerweile sei ein erster Test-Reaktor in Penly (Seine maritime) geplant, informierte Annie Griffon. Zwar veranstalte die Regierung öffentliche Diskussionen, doch das seien nur "débats bidons", Scheindebatten. Dem stellt das Netzwerk "Sortir du nucléaire", das 650 lokale Gruppen umfasst, Proteste und Informationsveranstaltungen über alternative Energien entgegen.

Gegen Wiedereinstieg

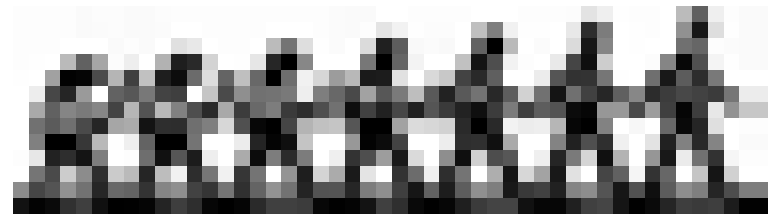
Besonders nahe fühlen sich die Menschen aus Bure und die um Gorleben: Die beiden Orte sind wahrscheinliche Standorte für Atommüll-Endlager. "Um einen Eindruck von der langfristigen Gefährlichkeit dieses Mülls zu vermitteln: Das Umweltministerium schätzt, dass der Standort für mindestens eine Million Jahre geologisch stabil sein sollte", begründet Francis Althoff die Sorgen seiner NGO. Auch in den Départements um Bure, so Michel Marie, verstärkte sich der Widerstand gegen ein Endlager, dies trotz der finanziellen Segnungen von Seiten der Regierung.

Auch die Transporte von nuklearem Material stellen eine grenzüberschreitende Gefahrenquelle dar. Über Perl-Apach im Dreiländereck fahren zwar seit dem Unfall 1997 keine Castortransporte mehr, dafür aber Güterzüge mit Uranhexafluorid, ei-

nem Grundstoff zur Herstellung von Brennelementen. Die Veranstalter des Trierer Treffens betonten, der Widerstand gegen die Transporte entspringe nicht einfach einer "Not in my backyard"-Logik. "Wir arbeiten nicht gegeneinander, sondern miteinander", so Francis Althoff. Neben den medienwirksamen Protesten in Gorleben habe es 2001 über 40 erfolgreiche Blockaden von Transporten in Gegenrichtung - aus Deutschland nach La Hague - gegeben, dies in enger Zusammenarbeit mit den französischen Gruppen.

Treffen wie dieses dienten vor allem dazu, Informationen auszutauschen und Aktionen zu koordinieren, erklärte Markus Pflüger. Konkrete logistische Unterstützung hat es beispielsweise beim Sommercamp 2002 in Bure gegeben: Dort hatte die Volksküche aus Lüchow-Dannenberg die Verpflegung übernommen.

Nächster gemeinsam angekündigte Termin ist die "Sortir du nucléaire"-Woche rund um den Jahrestag von Tschernobyl. Unter anderem organisieren lokale AtomkraftgegnerInnen aus Nancy am 26. April eine Aktion zur Unterstützung des inhaftierten russischen Atomkritikers Bandazhevsky. Nach dem Sommercamp in Gorleben Anfang August findet wiederum auf französischer Seite ein Anti-Atom-Marsch statt: Start der "Les déchets nucléaires prennent la route"-Aktion am 23. August in Cattenom. Vielleicht wird bis dahin die Luxemburger Anti-Atom-Bewegung, die in Trier leider nicht dabei war, aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht sein.



Une semaine pour sortir de l'âge du nucléaire (21 au 27 avril)

FLÜCHTLINGE

Leben im Wartezustand

Der Clae stellt eine Studie über die "santé mentale" der AsylbewerberInnen und Flüchtlinge in Luxemburg dar. Die Ergebnisse sind Besorgnis erweckend.

(sk) - Etwa vier von fünf AsylbewerberInnen in Luxemburg leiden unter psychischen Problemen. Das hat eine vom Fonds Européen pour les Réfugiés finanzierte Studie des Clae über die mentale Situation von AsylbewerberInnen ergeben.

Dabei könne es sich um psychische Leiden der unterschiedlichsten Art handeln, erklärt die Projektleiterin Marie-Cécile Charles. "Il peut s'agir de véritables troubles mentaux ou de troubles liés à d'autres difficultés. Ils sont alors appelés problèmes psychosociaux, d'adaptation sociale, de détresses morales, psychologiques", so die Sozialkriminologin. Die Probleme könnten unter anderem aus früheren Traumata durch die Verfolgung im Herkunftsland herrühren.

Die Autorin berichtet, wie schwierig die Erhebungen im vergangenen Jahr waren: "Il ne pouvait être question d'interroger la totalité des demandeurs d'asile présents au pays", weiß Charles und fügt hinzu: "Il nous fallut donc trouver un critère nous permettant de les localiser." Allein das Kommen und Gehen in den Flüchtlingsfoyers habe die Erstellung der Statistiken erschwert.

Viele der befragten Personen erhielten im Juli 2002 einen Brief vom luxemburgischen Justizministerium, in dem sie zum Verlas-

sen des Landes aufgefordert wurden - eine Tatsache, die ihre verzweifelte Situation noch verstärkte. Seitdem leben viele von ihnen in der ständigen Angst vor der Abschiebung, einige Familien sind bereits in ihr Herkunftsland zurückgebracht worden.

Verzweiflung, Aufgabe und Ohnmacht hätten bei den abgelehnten AsylbewerberInnen vorgeherrscht, stellt Charles fest, aber auch Passivität und Abstumpfung. Die Situation der AsylbewerberInnen sei geprägt von Warten, so die Autorin der Studie. "Die Menschen weinten. Über ihre Erlebnisse zu sprechen, fiel ihnen schwer", heißt es in einer in der Studie veröffentlichten Mitteilung der Caritas, und weiter: "Sie führen ein Leben im ständigen Jetzt."

Lotterielos zur Belohnung

Den befragten AsylbewerberInnen war ein spezieller Fragebogen ausgehändigt worden, der so genannte General Health Questionnaire (GHQ-28) von Goldberg. In ihm werden psychische Leiden nach vier Indikatoren bemessen: Depression, Angst/ Schlaflosigkeit, soziale Dysfunktion sowie somatische Symptome. Den Interviewten wurde nach Beantwortung der Fragen ein Lotterielos ausgehändigt. Dies sei seine umstrittene Lösung für einige, demagogisch und ethisch inakzeptabel, weiß

Charles, aber auch eine Form des Respekts.

Die AsylbewerberInnen in Luxemburg leben in psychischer Not, so ein Fazit aus der mehrmonatigen Untersuchung. Deren Ergebnisse seien Besorgnis erweckend, erklärt die Projektleiterin. Und sie stellten eine Art Momentaufnahme dar. Die Studie ergab dabei unter anderem, dass die Personen, die älter als 40 Jahre sind, mehr unter psychischen Problemen leiden als Jüngere, einen nennenswerten Unterschied zwischen den Antworten von männlichen und weiblichen Befragten gebe es hingegen nicht. An den Ergebnissen fällt außerdem auf, dass die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien mehr betroffen sind als andere. Bemerkenswert an der Studie ist die gründliche theoretische Basis, die ihr zu Grunde liegt. Verschiedene Formen der mentalen und psychosozialen Probleme sowie der sozialen Adaptation werden ebenso berücksichtigt wie die unterschiedlichen Kategorien von Flüchtlingen sowie die "principes généraux de la politique d'asile au Luxembourg".

Andererseits geben die daraus gezogenen Schlussfolgerungen keine neuen Aufschlüsse: "Conclusion de ce travail que les demandeurs d'asile ont besoin d'un sérieux soutien psychologique et d'une prise en charge professionnelle spécifique incluant de nouveaux coûts et investissements mais également tout une réflexion nouvelle sur l'asile semble relever, à l'heure actuelle du politiquement incorrect." Letztere ist vor allem die Stunde der Abschiebungen.

